



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Für ein zielgerichtetes „Baukindergeld“ – noch in dieser Legislaturperiode!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass noch in der laufenden Legislaturperiode ein zielgerichtetes „Baukindergeld“ für Familien in besonderen Wohnlagen eingeführt wird.

Zugleich ist ein spezielles Programm für den ländlichen Raum aufzulegen, das auf den Abbau von Leerständen sowie die Förderung der Attraktivität des ländlichen Raums für junge Familien ausgerichtet ist.

Die entsprechenden konzeptionellen Überlegungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sind zu unterstützen.

Begründung:

Für viele Menschen in unserem Land, vor allem für junge Familien, ist die Frage des Wohneigentums nach wie vor ein zentraler Baustein der persönlichen Lebensplanung, aber auch eine gute Möglichkeit der privaten Altersversorgung. Doch trotz niedriger Zinsen können sich viele Bürgerinnen und Bürger kein Wohneigentum leisten. Hauptproblem ist hierbei das fehlende Eigenkapital. Und dies gilt keineswegs nur für Geringverdiener: Auch für Familien mit mittlerem Einkommen ist es angesichts hoher Mietbelastungen kaum machbar, nebenher ausreichend Eigenkapital anzusparen.

Diesen familien- wie wohnungspolitischen Missstand gilt es zu beheben. Zur Förderung von Eigentum in besonders nachgefragten Regionen sind deshalb Familien gezielt mit Eigenkapitalzuschüssen zu unterstützen. Durch eine solche, zielgenaue Ausrichtung können „Mitnahmeeffekte“, wie sie beispielsweise bei der vor zehn Jahren abgeschafften Eigenheimzulage (der damals teuersten und wenig zielgerichteten Subvention) vielfach zu beklagen waren, vermieden werden.

In ein ausgewogenes Gesamtkonzept ist aber gleichzeitig auch die Förderung des ländlichen Raums mit einzubeziehen, um dessen Attraktivität zu steigern sowie Leerstände zu reduzieren (Verbesserung des ÖPNV, der ärztlichen Versorgung, des kulturellen Angebots etc.).

Sowohl das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit als auch die SPD-Bundestagsfraktion haben zu den genannten Punkten bereits konkrete Vorschläge erarbeitet, die wir ausdrücklich begrüßen.

Zur Entlastung von Familien beim Eigenheimerwerb sind in diesem Zusammenhang auch verschiedenste Maßnahmen zur Senkung von Nebenkosten, die beim Erwerb einer Immobilie anfallen, zu prüfen (Notarkosten, Gebühren für den Grundbucheintrag, Maklergebühren etc.), ebenso wie eine Ausnahme von der Grunderwerbssteuer beim ersten Erwerb von Eigentum.